

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 97 (2012)
Heft: 2

Artikel: Pressemitteilung : Zürcher Freidenker begrüßen die Initiative zur Abschaffung der Kirchensteuer und hoffen auf breit abgestützten Gegenvorschlag
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1090805>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

abgelehnt. Dafür votierten einzig Vertreter der Sozialdemokraten und der Grünen.

Kt. ZH Bülach löst Vertrag mit dem IZRS auf

Die Freidenker-Sektionen Zürich und Winterthur haben den Entscheid des Bülacher Stadtrats begrüsst, vom Vertrag mit dem Islamischen Zentralrat IZRS zurückzutreten. Zwar halten die Freidenker das Recht auf Versammlungsfreiheit und auf freie Meinungsäusserung hoch. Es ist aber nicht Sache der öffentlichen Hand, Personen eine Bühne zu bieten, die Haltungen vertreten, die klar im Widerspruch zu unserer Hochachtung individueller Freiheiten und zu rechtsstaatlichen Prinzipien stehen.

Die Veranstalter haben dem Bülacher Stadtrat ganz offensichtlich eine Mogelpackung verkauft. Bei der Referentenauswahl ist der Zentralrat vollumfänglich seiner extremistischen Linie gefolgt, wie mit Zitaten der Referenten belegt werden kann.

Kt. ZH Ruhetagsgesetz soll säkularer werden

Der Zürcher Kantonsrat hat am 5. März 2012 die Einzelinitiative der Konfessionslosen Andreas Kyriacou, Franziska Illi, Andi Koch, Christian Burger und Marianne Frehner behandelt. 61 Ratsmitglieder unterstützten das Anliegen, die Liste der Verhaltensverbote an sogenannten hohen Feiertagen aus dem Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz zu streichen. Das nötige Quorum von 60 Stimmen wurde damit knapp erreicht, das Geschäft geht deshalb nun an den Regierungsrat, der nun dazu einen Bericht ausarbeiten und dem Kantonsrat einen Antrag für einen definitiven Entscheid stellen wird.

Die Unterstützung in den verschiedenen Fraktionen war – wenig überraschend – sehr unterschiedlich: Prozentual am höchsten war die Unterstützung durch die BDP (5 ihrer 6 Fraktionsmitglieder sagten Ja), vergleichsweise hohe Ja-Anteile gab es auch bei den Grünliberalen (14 von 19), den Grünen (12 von ebenfalls 19) und der FDP (14 von 23).

Die SP, die sich im Jahr 2000 noch für eine weitergehende Liberalisierung stark gemacht hatte, zeigte sich nicht mehr sonderlich gesellschaftsliberal: Nur 12 von 35 Fraktionsmitgliedern stimmten Ja. Von der dreiköpfigen AL-Vertretung kam eine Unterstützerstimme. Ebenfalls eine Einzige der neun CVP-ParlamentarierInnen war dafür. Bei der SVP, deren Sprecher von der Notwendigkeit der Bewahrung christlicher Werte schwadronierte, votierten nur zwei der 54 Ratsmitglieder für Unterstützung. Keinerlei Zuspruch gab es wenig überraschend von EVP und EDU.

ak

Kt. ZH Zahl der Reformierten schrumpft weiter

Ende 2011 war die Bevölkerung zu 34 Prozent evangelisch-reformiert und zu 28 Prozent römisch-katholisch. 38 Prozent bekannten sich zu einer anderen oder gar keiner Konfession, und je 0,1 Prozent gehörten zur christkatholischen Kirche oder einer der beiden anerkannten jüdischen Gemeinden. Im Vergleich zum Vorjahr hat die evangelisch-reformierte Landeskirche insgesamt 5600 Mitglieder verloren, die römisch-katholische Kirche hingegen 1500 gewonnen. Ebenfalls zugelegt hat – wie bereits in den letzten Jahren – die Gruppe der Personen anderer oder ohne Konfession: Sie ist um knapp 4100 gewachsen. Die Evangelisch-Reformierten haben in sämtlichen Regionen Mitglieder verloren, die Römisch-Katholischen hingegen in fast allen Regionen zugelegt – ausser in der Stadt Zürich und am Pfannenstiel.

Die Zahlen dienen auch für die Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften. Seit 2010 werden nicht mehr nur die Mitglieder der evangelisch-reformierten, der römisch-katholischen und der christkatholischen Kirche erfasst, sondern auch jene der beiden anerkannten jüdischen Gemeinden, der israelitischen Kultusgemeinde Zürich sowie der Jüdischen Liberalen Gemeinde. Quelle: Pressemitteilung der Bildungsdirektion

Pressemitteilung

Zürcher Freidenker begrüssen die Initiative zur Abschaffung der Kirchensteuer und hoffen auf breit abgestützten Gegenvorschlag

Die Zürcher Freidenker gratulieren den Jungfreisinnigen: Sie haben die Initiative zur Abschaffung der Kirchensteuern für juristische Personen weitgehend aus eigener Kraft zustande gebracht.

Sie fordern mit Recht einen überfälligen Systemwechsel. Es ist nicht angebracht, dass Unternehmen unabhängig davon, ob ihre Mitarbeiter und Inhaber einen Bezug zu den Landeskirchen haben, diesen Zwangssteuern entrichten müssen. Wie unangebracht das Modell ist, ist alleine aus der Tatsache zu sehen, dass Zürcher Unternehmen fast die Hälfte der Viertelmilliarde bezahlen, welche jährlich schweizweit an Firmenkirchensteuern erhoben werden. Die Jungfreisinnigen entschieden sich, nicht zuletzt aus juristischen Gründen, für einen kurzen, griffigen Initiativtext, der diese Steuerpflicht aus der Verfassung streicht.

Moderate Anpassung des Staatssteuersatzes für Unternehmen bei Systemwechsel kein Tabu

Die Freidenker anerkennen, dass die vorgeschlagene Verfassungsänderung die nötige Debatte einengt. So ist es aus Sicht der Freidenker denkbar, mit dem Systemwechsel zeitgleich einen moderaten Anstieg des Staatssteuersatzes für Unternehmen vorzunehmen. Rund 70 Prozent der kirchlichen Aufwände dienen der eigenen Verwaltung und der Missionsarbeit. Diese Ausgaben soll die Kirche über Beiträge ihrer Mitglieder finanzieren. Soziales Engagement der Kirchen soll der Staat durchaus abgelten. Der Kantonsrat kann bei der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags eine Anpassung des Grundsteuersatzes für Unternehmen vorsehen, ebenso eine Übergangsfrist, um den Kirchen Zeit einzuräumen, ihre Strukturen der neuen Ausgangslage anzupassen.

Die Freidenker sind zuversichtlich, dass eine solche Vorlage von einer grossen Mehrheit der Stimmberechtigten angenommen werden wird.

Presseschau Kt. Zürich

Probleme mit «Religion und Kultur»

«Seit August 2011 gibts fast überall obligatorischen Religionsunterricht. Das neue Fach gefällt. Doch unter den Lehrpersonen für das konfessionell neutrale Fach sind auch christliche Geistliche. Um die Neutralität zu gewährleisten, hatte der Bildungsrat ursprünglich geplant, «Religion und Kultur» ausschliesslich durch diplomierte Lehrpersonen erteilen zu lassen, die für dieses Fach speziell ausgebildet wurden.» Tages Anzeiger 9.1.2012

Während im Oberland die ersten Erfahrungen auf Sekundarstufe positiv sind, steht man auf Primarstufe der Einführung kritisch gegenüber. Das Fach sei vorschnell eingeführt worden, ohne auf die organisatorischen Konsequenzen in den Schulen und bei den Lehrpersonen zu achten. Zudem sei die Weiterbildung in Form einer Nachqualifikation umstritten, es ist sogar von Schmalspurausbildung die Rede. Schliesslich wird moniert, dass sich die Einführung des offiziellen Lehrmittels hinziehe. Zürcher Oberländer 18.1.2012